

Bürger und Wirtschaft entlasten

—

Den Wirtschaftsstandort Sachsen schützen

(beschlossen vom CDU-Landesvorstand am 19.09.2022)

Unternehmen und Handwerker in Sachsen stehen im Herbst und Winter 2022/2023 vor enormen Herausforderungen. Die nach zwei Jahren Corona-Pandemie zu verzeichnende Erholung der Wirtschaft wurde in Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine jäh unterbrochen. Ohne eine starke, international wettbewerbsfähige Wirtschaft ist der Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Art zu leben gefährdet. Unser Hauptaugenmerk gilt daher einer Sicherung guter Voraussetzungen für die heimische Wirtschaft, weil ohne sie die Grundlagen künftiger guter Entwicklungen gefährdet sind. Eine wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung ist dafür unverzichtbar.

Das Tempo der wirtschaftlichen Abkühlung beschleunigt sich und die sächsischen Unternehmen blicken zunehmend sorgenvoll in die Zukunft. Die wirtschaftliche Lage ist spürbar eingetrübt. Leere Auftragsbücher und ein Rückgang der Investitionen sind heute schon Realität.

In dieser Lage braucht es entschlossenes Handeln, damit die Folgen der galoppierenden Inflation und explodierender Energiepreise den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Aufbauwerk der letzten 30 Jahre in Sachsen nicht ernsthaft gefährden.

Zögerlichkeit, Uneinigkeit und gefährliche Markteingriffe wie die Gasumlage der Ampelregierung befeuern stattdessen die Preisentwicklung und verunsichern Wirtschaft und Verbraucher. Statt durch zusätzliche Angebote die Verfügbarkeit an Energie in Deutschland auszubauen und auf diesem Weg Angebot und Nachfrage wieder stärker in Einklang zu bringen, wird ideologiegetrieben auf den Weiterbetrieb der Kernenergie verzichtet und das Angebot an Strom weiter verknappt.

Auch die Inbetriebnahme weiterer Kraftwerkskapazitäten insbesondere im Kohlebereich und zusätzliche Angebote durch Biogas werden durch bürokratisches Handeln leichtfertig verzögert. Die erforderlichen Maßnahmen hätten bereits längst auf den Weg gebracht werden können. Deshalb müssen Unternehmen in Deutschland weiterhin einen bis zu zehnmal höheren Energiepreis im Vergleich zu ihren Wettbewerbern in den USA und China stemmen. Bereits jedes zehnte Unternehmen hat aufgrund der steigenden Energiepreise seine Produktion gedrosselt oder unterbrochen. Jedes fünfte Unternehmen denkt bereits über eine Verlagerung der Unternehmensaktivitäten ins Ausland nach.

Deshalb gilt für uns:

Der Preis für Energie muss wieder auf ein wettbewerbsfähiges Maß sinken, um die Risiken für unsere Volkswirtschaft zu reduzieren und soziale Verwerfungen innerhalb unserer Gesellschaft zu verhindern. Wird das Preisniveau nicht schnell und drastisch gesenkt, droht eine Insolvenzwelle verbunden mit einem schnellen und drastischen Anstieg der

Arbeitslosigkeit. Es muss daher unverzüglich eine Erhöhung des Angebotes bzw. Diversifizierung der Energieträger erfolgen.

Dazu hat die Sächsische Union 12 klare Punkte:

1. Der für die Versorgung Ostdeutschlands notwendige Ausbau von LNG-Terminals an der Ostseeküste muss schnellstens vorangetrieben und erforderliche Versorgungsverträge gesichert werden.
2. Hindernisse für eine volle Nutzung bestehender Kraftwerkskapazitäten zur Reduktion der Gasverstromung und Grundlastsicherung (Kohle, Öl, Wasser) müssen sofort beseitigt werden („fuel switch“).
3. Die drei noch laufenden Kernkraftwerke müssen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit uneingeschränkt weiterbetrieben werden. Für die drei kürzlich vom Netz gegangenen deutschen Kernkraftwerke ist eine Reaktivierung zu prüfen.
4. Die Rahmenbedingungen für die Nutzung von nachhaltig erzeugter Biomasse sind zu verbessern (Anhebung des Biomasse-Deckels). Außerdem halten wir die Nutzung von Brennholz im privaten Bereich für sinnvoll.
5. Die Planung und Genehmigung PV-Anlagen muss erleichtert werden. Das gilt besonders für Mieterstrom, d.h. kleine, an Mietshäusern installierte Anlagen.
6. Wir brauchen einen Preisdeckel für einen Grundbedarf an Strom und Gas. Darüber hinaus müssen mehr Unternehmen und auch Privathaushalte vom Energiekostendämpfungsprogramm profitieren. Der Industriestrompreis von 4 Cent pro Kilowattstunde muss zügig eingeführt werden.
7. Ohne funktionierende Stadtwerke droht ein Kollaps der örtlichen Versorgung. Nur mit umfassenden Bürgschaften und schnellem Handeln kann die Versorgungssicherheit gesichert werden. Insbesondere für große Stadtwerke, die selbst an den Börsen Energierohstoffe beziehen, braucht es einen wirksamen bundeseitigen Garantieschirm, um die Liquidität der Unternehmen zu sichern. Zugleich bleiben damit die Kommunen handlungsfähig.
8. Wir brauchen bei der Bewältigung der Krise und den Entlastungsmaßnahmen eine angemessene Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen und dazu endlich Gespräche im Format der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung. Wie Länder und Gemeinden fast ein Drittel des Pakets bezahlen sollen, ist unklar. In einer solchen Lage können nicht Milliardenbelastungen per Pressemitteilung ohne ernsthafte Gespräche und Einbindung festgelegt werden. Ohne substantielle Änderungen kann Sachsen dem bisher vorgelegten Vorschlag nicht zustimmen.
9. Es muss insbesondere ein weiterer Anstieg der finanziellen Belastungen der Kommunen zwingend vermieden werden, um die Erfüllung der kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht zu gefährden.

10. Die steigenden Energiekosten treffen nach den coronabedingten Belastungen besonders hart auch das Sport- und Vereinsleben und insbesondere die Wintersportarten, da diese auf energieintensive Vereisungen etc. angewiesen sind. Die Kommunen steuern hierzu einen erheblichen finanziellen Beitrag bei. Die Bundesregierung muss auch deswegen umgehend alle notwendigen Maßnahmen treffen, um die Energiekosten maßgebend zu senken.
11. Es bedarf flankierender Maßnahmen für den ländlichen Raum. Dazu gehört die deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel um mindestens 3 Mrd. Euro für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum. Anderenfalls droht eine Abbestellung von Strecken, da diese auf Grund der steigenden Preise nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können.
12. Unsere Kommunen leisten seit Monaten Großes für die Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und werden ihrer humanitären Verantwortung gerecht. Darüber hinaus erleben wir seit Wochen, dass die Zahl der illegalen Einreisen aus anderen Regionen zunimmt. Unterdessen hat der Bund seine Zahlungen zur Unterstützung der Länder und Kommunen Ende letzten Jahres auslaufen lassen. Ohne eine rasche Anschlussregelung wird die finanzielle Handlungsmöglichkeit rasch erschöpft sein. Mit Blick auf die anstehenden Bund-Länder-Beratungen haben wir deshalb die klare Erwartungshaltung, dass sich der Bund an der Finanzierung der mit der Zuwanderung zusammenhängenden finanziellen Fragen in substanzieller Form beteiligen wird.